



HESSISCHER LANDTAG

20. 03. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend den Wettbewerb stärken: faire und transparente Treibstoffpreise gewährleisten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass sich die Preise für Benzin und Diesel in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt haben und damit eine deutliche höhere Preissteigerung verzeichneten als fast alle anderen Verbrauchsgüter. Dies hat zu einer erheblichen Verteuerung der Mobilität insbesondere für Berufspendler, Gewerbetreibende sowie Urlaubsreisende geführt. Ein Grund hierfür ist, dass es im Mineralölbereich großflächig zu Oligopolbildungen kommt. Dies zeigt sich insbesondere an den sehr hohen, nicht nachvollziehbaren Preisschwankungen innerhalb kurzer Zeitspannen.
2. Der Landtag begrüßt und unterstützt daher, dass sich die Landesregierung im Bundesrat für mehr Fairness und Transparenz bei der Benzinpreisgestaltung in Deutschland einsetzt. Durch die von Verkehrsminister Posch vorgeschlagene Einführung des sogenannten "australischen Benzinpreismodells" könnte eine Regelung geschaffen werden, nach der alle Tankstellenbetreiber ihre Preise zu einem bestimmten Zeitpunkt einer zentralen Stelle - etwa dem Bundeskartellamt - melden müssen. Die Preise würden dann ab einem bestimmten Zeitpunkt des Folgetages für 24 Stunden ihre Gültigkeit behalten. In einem solchen System könnte der Verbraucher über eine entsprechende Datenbank die aktuellen Preise für Benzin und Diesel jeweils ortsgenau abrufen.

Begründung:

Die Kraftstoffpreise sind auch im Jahr 2011 kontinuierlich gestiegen und haben neue Rekordmarken erreicht. Seit Jahresbeginn zeichnen sich weitere Preissteigerungen ab. Hinzu kommt, dass die Kraftstoffpreise an den Tankstellen sehr hohen, nicht mehr nachvollziehbaren Preisschwankungen unterliegen. Aus der Sicht der Verbraucher ist es nicht akzeptabel, wenn die Preise an den Tankstellen gleich mehrmals am Tag und gerade in den Hauptverkehrszeiten steigen. Die aktuellen Entwicklungen bei den Kraftstoffpreisen werden zunehmend zu einem Mobilitätshemmnis und gefährden damit die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Zur Lösung dieser Probleme wird seit geraumer Zeit eine "Preiserhöhungsbremse" nach österreichischem Vorbild diskutiert. Dieses Modell, nach dem die Tankstellenbetreiber nur einmal am Tag ihre Preise ändern dürfen, hat in der Praxis nicht zu den erhofften Preissenkungen für die Verbraucher geführt. Es besteht in einem solchen System vielmehr die Gefahr, dass die Tankstellenbetreiber den Preis vorsorglich stark erhöhen, weil sie dies nicht mehr - wie bisher - schrittweise können. Dadurch werden insbesondere Pendler und das Güterkraftverkehrsgewerbe unter Umständen stärker getroffen als im noch geltenden System.

Hingegen müssen die Tankstellenbetreiber nach dem derzeit im Bundesstaat Westaustralien praktizierten System dem dortigen Handelsministerium bis 14 Uhr ihren Preis für den nächsten Tag melden. Diese Preise gelten dann ab 6

Uhr des Folgetages für 24 Stunden. Dadurch, dass die Mineralölkonzerne ihre Meldungen gleichzeitig und unabhängig voneinander abgeben müssen, wird auch die hierzulande zu beobachtende Praxis unterbunden, nach der ein oder zwei Anbieter zuerst erhöhen und die anderen im Abstand von einer oder mehreren Stunden folgen. Die vom Autofahrer als unbefriedigend empfundenen häufigen Preisveränderungen im Verlauf eines Tages können so reduziert werden.

Wiesbaden, 20. März 2012

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch